

Nr. **XIX. GP-NR
1443 /J
1995-06-23**

ANFRAGE

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend Neuordnung des Sozialstaates

Im Jänner 1994 wurde anlässlich der SPÖ Regierungsklausur angekündigt, daß die Möglichkeiten einer Neuordnung des Sozialstaates in einer gemeinsamen Studie von Sozial- und Finanzministerium erarbeitet werden sollen. Nach den Vorstellungen des Bundeskanzlers sollte das Ergebnis spätestens bis Jahresende 1994 vorliegen und sinnvollerweise auch Bestandteil künftiger Koalitionsverhandlungen sein. Unsere diesbezügliche Anfrage wurde im September 1994 mit dem Verweis, daß die Arbeiten noch nicht abgeschlossen seien, nicht detailliert beantwortet. Eine Veröffentlichung der Studie erfolgte weder vor noch nach den Wahlen, noch wurde sie - zumindest offiziell - den abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen zugrunde gelegt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wann ist damit zu rechnen, daß diese Studie oder zumindest Teile ihres Inhaltes der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden?
2. Welche Detailergebnisse der Studie liegen bereits vor und welche werden noch im Jahr 1995 veröffentlicht werden?
3. Umfaßt die Studie auch Überlegungen im Problembereich Mindestsockelungen insbesondere in der Arbeitslosenversicherung, Notstandshilfe und Sozialhilfe?
4. Befaßt sich die Studie auch mit dem Problembereich der Umverteilung und hier insbesondere mit jenen Bereichen, wo tatsächlich eine Umverteilung von unten nach oben stattfindet (Beispiel Wohnbauförderung)?
5. Befaßt sich die Studie auch mit den diversen bankroten Fonds und deren Reorganisation (Familienlastenausgleichsfonds, Insolvenzentgeltsicherungsfonds usw.)?

6. Wie begründen Sie es, daß die Inhalte von Untersuchungen über das österreichische Sozialsystem der Öffentlichkeit bisher nicht einmal in Ausschnitten bekanntgegeben wurde?
7. Ist die bisherige Nichtveröffentlichung darauf zurückzuführen, daß keine Beurteilung des österreichischen sozialen Sicherungssystems vorgenommen werden kann, oder halten Sie deren Veröffentlichung für "zu gefährlich"?